



BÜRGERBEWEGUNG DER SOZIAL - KONSERVATIVEN DEUTSCHLANDS

Kurzprogramm

Präambel

Deutschland ist ein schönes Land. Wir befinden uns jedoch in Zeiten zunehmender wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Unsicherheiten. Alle Altparteien müssen als Klientelparteien bewertet werden, welche nie ein Gesamtkonzept anbieten, sondern immer nur eine Bevölkerungsgruppe gegen die andere ausspielen.

Die dadurch entstehenden Klassenkämpfe halten wir für schädlich für ein Land.

Wir streben deshalb eine ganzheitliche Politik an. Eine Politik sowohl für den Arbeitslosen, wie auch dem Angestellten. Dem Unternehmer, wie auch dem Verbraucher. Dem Rentner wie auch der Jugend.

Die daraus entstehende Wertegemeinschaft halten wir für unerlässlich, um seinen Bürgern ein Maximum an Wohlstand, Gesundheit und Sicherheit zu bieten.

Dies ist für uns die Aufgabe der Politik. Nur diesem sind wir verpflichtet.

Zu lange haben Politiker eine verlogene Politik verfolgt, in dem Bestreben niemanden weh zu tun und möglichst wenig Angriffsflächen zu bieten. Die Folgen sind bekannt. Unser Programm kann hierauf keine Rücksicht mehr nehmen, wenn wir alles zum Guten wenden wollen.

Es ist ein soziales Programm! Ein Programm gegen den bisherigen Klassenkampf. Ein Programm des Miteinanders. Aus diesem Grund können wir nicht jedem alles versprechen.

Wer seine Bürger liebt, der „schenkt Ihnen reinen Wein ein“.

Dies ist der Grundgedanke hinter unseren Ausarbeitungen.
Die Liebe zum Bürger.

Mit Ihrer Hilfe, kann sie Realität werden.

Glück auf!

1. Wirtschaftspolitik:

- Einführung eines Gesetzes zur Gemeinnützigkeit von Medikamenten, Grundnahrungsmittel, Med. Hilfsmittel, Strom, Gas und Wasser, Kraftstoffe, Nah- und Fernverkehr, Sozialwohnwesen, Grundarzt und Pflegeleistungen.
- Alle gemeinnützigen Güter haben einen maximalen MWSt. Satz von 7%
- Preise von gemeinnützigen Gütern werden durch das jeweilige Ministerium festgelegt.
- Investitionen welche dem Land und seinen Bürgern zu Gute kommen, werden Steuerfrei gestellt.
- Verbot von Börsenspekulationen auf gemeinnützige Produkte.
- Aktienwerte dürfen nicht mehr den Realwert eines Unternehmens übersteigen.
- Wiedereinführung der vollen Besteuerung bei Verkaufserlösen von Kapitalgesellschaften.
- Bekämpfung von anders lautenden EU-Regelungen ggf. durch Volksentscheid.

2. Steuerpolitik:

- Einheitlicher Steuersatz auf alle Einkommensarten, ohne Ausnahme und ohne Absetzungsfähigkeit.
- Notverordnung zur Finanzschieflage der BRD, bei der eine Sonderabgabe der ganzen relevanten Bevölkerung erhoben wird.
- Abschaffung Ökosteuer (s. Rentenpolitik)
- Individuelle Besteuerung, Steuerliche Begünstigung nur für Erziehungsberechtigte mit Kindern. (auch Alleinerziehende).

3. Arbeitsmarktpolitik

- Mindestlohn von € 16,00. (gleichzeitig ein zinsloses Halbjahr-Kreditprogramm für die Personalkosten der Unternehmen. Diese Maßnahme wird den Binnenmarkt massiv ankurbeln. Siehe auch Gesundheitspolitik).
- Abschaffung „HARTZ IV“. ALG-Bezug gestaffelt nach Beitragszeit.
- Trennung von Sozialhilfe und ALG.
- Personen welche in die BRD einreisen erhalten die ersten 5 Jahre keine Sozialleistungen und müssen den Lebensunterhalt nachweisen.
- Arbeitsfähige Arbeitslose werden in einem massiv auszubauenden Ordnungsdienst eingebunden.

- Der OD wird zu den relevanten Aufgaben der Gemeinden herangezogen.
- Mitarbeiter aus Zeitarbeiterfirmen sollen im Betrieb den gleichen Lohn wie Festangestellte erhalten. Die Quote für Zeitarbeitskräfte soll 50% nicht übersteigen.
- Politikerdiäten haben sich an den Vergütungen der Beamtenbesoldung zu orientieren.

4. Bildungspolitik:

- Abschaffung der Gemeinschaftsschulen.
- Förderung der Hauptschulen und Realschulen einmal zu Ausbildungsberufen und zweitens zum Gymnasium.
- Einführung von Disziplin an allen deutschen Erziehungseinrichtungen.
- Vermittlung von Tugenden und Gemeinschaftsgefühl an allen deutschen Erziehungseinrichtungen.
- Einführung von Kopfnoten für Fleiß, Pünktlichkeit, Handschrift und Benehmen.
- Förderung von Veranstaltungen und Wettbewerben zwischen den Schulen.
- Wiederherstellung der Autorität der Lehrkräfte.
- Schüler der Sekundarstufen I und II nehmen einmal halbjährlich allesamt an einer morgendlichen Versammlung teil um die Gemeinschaftswerte zu stärken.
- Voraussetzung für den Besuch einer deutschen Schule sind ausreichende Deutschkenntnisse.
- Schüler mit mangelnden Deutschkenntnissen besuchen einen „Deutschunterricht“ in separaten Kursen.
- Stipendienvergabe für alle Schüler mit überdurchschnittlichen Notendurchschnitt.
- Schaffung von Elitegymnasien für Stipendenschüler mit Internatsmöglichkeiten.
- Schuluniform.
- Stipendienvergabe für das Studium für Schüler aus dem Stipendienprogramm für den Besuch von Eliteuniversitäten.
- Verhüllungsverbot für Lehrkräfte und Schüler an allen Bildungsinstituten.
- Der „Egal“ Haltung von Schulverweigerern wollen wir mit Sonderschulen begegnen, welche dieser Jugend gesondert Verantwortung anerzieht.

5. Energiepolitik

- Förderung der Forschung an den Eliteuniversitäten für Kern-/ Nuklear-Physik, Insbesondere für die Kernfusionstechnologie- Die Kernenergie der Zukunft.
- Abschaltung der deutschen Atomkraft ist zur Zeit nicht möglich.
- Förderung Solarzellenergie, Erdwärme, Autobatterie und erneuerbare Energien. Limitierte Windkraftenergienutzung.
- Keine Stilllegung der deutschen Stein- und Braunkohleproduktion!
- Regulierung der Preise aller Energiekonzerne über die Landesministerien.
- Reduzierter MWSt. Satz von 7% für alle Energieformen.
- Abschaffung „Ökosteuer“ (s. Rentenpolitik).

- Autobahngeschwindigkeitsbeschränkung auf 160 km/h.
- Mautpauschale bei Einreise in die BRD bei allen Grenzübergängen.
- Mautgebühr wird bei deutschen PKW/ LKW mit entsprechender Steuer verrechnet.
- Ausbau des Schienennetzes und des Transrapidnetzes.

6. Familienpolitik

- Familie ist überall dort, wo mindestens ein Erziehungsberechtigter mind. ein Kind erzieht. Dieser Gruppe stehen staatl. geförderte Immobilien zu. Angepasst an der Anzahl der Kinder.
- Ganzheitliches Betreuungsangebot.
- Deutsche Mütter ab dem 5. Kind bekommen das Bundesverdienstkreuz durch den Bundespräsidenten.
- Kindergeld wird zunächst für heimische Kinder gezahlt. Familien mit Migrationshintergrund können Kindergeld nach 5- Jahren SV-Beschäftigung erhalten.

7. Rentenpolitik

- Wir wollen einen Systemwechsel zu einem steuerfinanzierten Rentensystem.
- Wegfall der Lohnabhängigen Beiträge zur Rentenversicherung.
- Bestehende Rentenanwartschaften werden weiter ausbezahlt.
- Rente ab 65 und für schwere körperliche Berufe (Straßenbau, Altenpflege etc) ab 60, mit einer Rente welche sich an den Lebenshaltungskosten orientiert.

8. Innenpolitik

- Massiver Ausbau des Ordnungsdienstes.
Uniformiert nach Dienstgraden. Vernetzung mit Polizei und Ämter.
- Videoüberwachung vor Schulen, Kindergärten, Bahnhöfe oder Innenstädten.
- Verkehrssprache in Deutschland ist deutsch.
- Schwerste Kinderschändung zieht eine lebenslange Haftstrafe nach sich ohne psychologische Betreuung.
- Keine Toleranz der Drogenszene, organisierte Bettlerszene und eine konsequente Durchsetzung von Platzverweisen für öffentliche Plätze-Szene.
- Jugendstraftaten haben sofort das Ableisten von empfindlichen Sozialstunden zur „Strafe“.
- Wir wollen Gesetze für die „Nationale Sicherheit“.
- Konsequente Umsetzung des bestehenden Ausländergesetzes.
- Alle Ausländer haben bei Einreise ein Gesundheitszeugnis, Finanzmittel und Arbeitsvertrag vorzulegen.
- In den Kommunen wird eine Höchstgrenze der Zuwanderung angesetzt.
- Unser Land soll eine christlich-abendländische Leitkultur haben.
- Verbot von Ganzverschleierung. Kopftuchverbot für Bedienstete des Staates.

- Unterstützung der Judikative und Exekutive durch den Ordnungsdienst, welche Bagatelldelikte schnell aburteilt und deren schnelle Vollstreckung gewährleistet.
- Stichprobenkontrollen an allen deutschen Grenzen, Bahnhöfen und Flughäfen durch den Ausbau des Bundesgrenzschutzes und dessen Befugnisse.
- Änderung Staatsbürgerschaftsgesetz zum Abstammungsprinzip. Immigranten können nach 15 Jahren erfolgreicher Integration Staatsbürger werden.
- Verbot von Artikeln welche als gemeinschaftsschädlich eingestuft werden.

9. Gesundheitspolitik

- Medikamente und med. Hilfsmittel werden mit dem red. MWSt. Satz (7%) aus gestattet.
- Deren Preise werden über das Gesundheitsministerium reguliert.
- Zwangsfusion der Kassen zu max. 12 Kassen.
- Individuelle Tarifmöglichkeiten der GKV.
- Abschaffung des Arztbudgets. Verdoppelung aller SGB V Vergütungssätze (siehe Mindestlohn).
- Leistungspflicht der Kassen bei ärztlichen Verordnungen.
- Abschaffung der Zeitmodule für die Pflege mit monatlichen Pauschalsätzen von € 1000,- , €1500,- und € 2000,- bei Pflegestufe 1,2 oder 3.
- Immigranten müssen bei Einreise in die BRD sich selbst versichern.

10. Kultur

- Stärkung der heimischen Kulturbetriebe.
- Stärkung des Denkmalschutzes für alle Gebäude welche traditionelle Bauweisen aufweisen.
- Einstellung von baukulturellen Sachverständigen, welche gewährleisten, dass alle Bauprojekte „Umgebungsfreundlich“ stattfinden.
- Schlösser und Bürgen werden durch ein Denkmalschutzgesetz gefördert um sie vor dem Zerfall zu schützen.
- Ablehnung von sozialistischen Plattenbausiedlungen.

Allgemeines:

- Volksabstimmung für alle wesentlichen Entscheidungen.
- Stärkung des Tierschutzes. Säugetiere, Vögel oder Fische dürfen nicht gequält werden.
- Direktwahl des Bundespräsidenten und die Ausweitung seiner Befugnisse.
- Verbot von Einflussnahme oder Beteiligung der Parteien an öffentlichen Medien.
- Wir wollen die Bundeswehr stärken und zurück zu dem Zivildienstprinzip mit der Möglichkeit eines „sozialen“ Jahren.

- Deutsches Veto gegen alle EU-Gesetze welche sich gegen unser „Nationales Interesse“ wenden, ggf. Einfrierung der Beitragszahlung oder Kündigung der Mitgliedschaft.
- Entwicklungshilfe nur noch als Sachleistung von deutschen Unternehmen,
- Aufbau eines Alternativwirtschaftsraumes mit ins. Russland, China und den Arabischen Staaten. (s. Wirtschaftspolitik und Sozialkapitalismus).
- Umsetzung des § 146 GG für eine endgültige Verfassung.
- Überprüfung aller deutschen Verpflichtungen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Glück auf!

Version 08/ 2010 © Bürgerlich Soziale Heimat Bewegung

In Gründung: © „**BürgerBewegung der Sozial- Konservativen Deutschlands**“®